

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 886 848 ppbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Dr. Elke Leonhard MdB zum parteipolitischen Liberalismus während der Weimarer Republik: Von postrevolutionärer Scheinblüte zum politischen Bankrott: Weimars liberale Parteien DDP und DVP.

Seite 1

Professor Dr. jur. Erich Küchenhoff zur Hessenwahl: Hessische Kommunalwahl und Bundespolitik.

Seite 5

48. Jahrgang / 51

16. März 1993

Von postrevolutionärer Scheinblüte zum politischen Bankrott: Weimars liberale Parteien DDP und DVP

Von Dr. Elke Leonhard MdB
Stellvertretende Vorsitzende der Interparlamentarischen
Arbeitsgemeinschaft (IPA)

Am 19. Januar 1919 fanden die Wahlen zu Weimarer Nationalversammlung statt: Jeder fünfte Wähler stimmte für eine der beiden liberalen Parteien. Auch wenn es erneut nicht gelungen war, die beiden Strömungen innerhalb des politischen Liberalismus - Linkliberalismus und Nationalliberalismus - in einer Partei zu vereinen, deutete alles darauf hin, daß die liberalen Parteien neben SPD und Zentrum bestimmende politische Kraft der ersten deutschen Demokratie würden. Die Weimarer Republik schien zum 'Sieg der bürgerlichen Demokratie' zu werden.

Vierzehn Jahre später war die Weimarer Demokratie am Ende - nichts symbolisiert dies nachdrücklicher als der politische Bankrott der liberalen Parteien. Deutsche Demokratische Partei (DDP) und Deutsche Volkspartei (DVP) zusammen erreichten nurmehr zwei Prozent der Wählerstimmen. Ihre Vertreter stimmten in der Todesstunde der Weimarer Republik, am 23. März 1933, dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten zu und trugen damit zum Untergang jenes politischen Systems bei, das sie in den ersten Jahren der Republik maßgeblich mitbestimmt hatten.

Die Deutsche Demokratische Partei: Selbst Einstein unterschrieb den Gründungsaufruf

Am 20. November 1918 konstituierte sich in Berlin die DDP als Nachfolgerin der deutschen Fortschrittspartei des Kaiserreiches. Den Gründungsaufwurf unterschrieb neben profilierten linksliberalen Politikern wie dem Chefredakteur des großbürgerlichen liberalen Berliner Tageblatts, Theodor Wolff, auch der Physiker und spätere Nobelpreisträger Albert Einstein.

Während der revolutionären Nachkriegsphase vertrat die DDP Ziele, die auch der Mehrheitssozialdemokratie eigen waren: Dazu gehörten nicht zuletzt die Schaffung einer Republik auf demokratischer Grundlage, eine Demokratisierung der Wirtschaft und die Durchführung einer Bodenreform. Erklärtes Ziel blieb gleichwohl, sich dem 'Bolschewismus' zu widersetzen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.



In den Wahlkampf zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zog die DDP mit dem Motto, das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit zu verhindern. Der mit modernsten Mitteln geführte Wahlkampf führte zu einem überraschenden Erfolg: 18,6 Prozent der Wählerstimmen, entsprechend 75 Mandaten, machten die DDP nach den Sozialdemokraten und dem nur unwesentlich stärkeren Zentrum zur drittstärksten politischen Kraft der jungen Republik.

Vor allem nichtkatholische Bürgerliche setzten auf die Linksliberalen: Sie hofften, die Partei würde den bürgerlichen Kräften durch Anpassung an die Regierungsform der parlamentarischen Demokratie und vorsichtige Bereitschaft zur Hinnahme sozialer Veränderungen auch in der neuen Staatsordnung maßgebliches Gewicht verschaffen - eine Hoffnung, die erfüllt zu werden schien. Die DDP übernahm im Kabinett des Sozialdemokraten Philipp Scheidemann die Ministerien für Inneres, Finanzen und das Schatzamt.

Hauptaufgabe der Nationalversammlung war die Erarbeitung und Verabschiedung einer Verfassung für die Republik. Bereits am 14. November 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten den liberalen Berliner Staatsrechtler Hugo Preuß mit der Erstellung eines ersten Entwurfs beauftragt. Preuß, im Kabinett Scheidemann ab Januar 1919 Reichsinnenminister, galt als der am stärksten links orientierte Staatsrechtslehrer des damaligen Deutschland. Neben ihm rückten weitere Liberale in entscheidende Positionen der Verfassungsgebung: Konrad Haußmann wurde Erster Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung, Friedrich Naumann inspierte die Grundrehtediskussion. Ende Juli 1919 wurde die Weimarer Reichsverfassung von 262 Abgeordneten der SPD, des Zentrums und der DDP angenommen. Am 11. August 1919 trat sie in Kraft.

Die Weimarer Verfassung war ein ausgesprochener Kompromiß; als besonders problematisch erwies sich in den folgenden Jahren die außerordentlich starke Stellung des Reichspräsidenten. Die Gegenüberstellung von Präsident und Parlament erwies sich als entscheidende Fehlkonstruktion der Weimarer Verfassung: Der Reichspräsident sollte einem befürchteten "Parlamentsabsolutismus" entgegenwirken, den es - mangels stabiler, dauerhafter Mehrheiten - in der Weimarer Republik nie gab. Weit verbreitet war in bürgerlichen Kreisen vor allem die Furcht vor einer linken Mehrheit. Die parlamentarische Mehrheit der Sozialdemokraten mag für manchen als Vorgeschmack gegolten haben. Unter derartigen politischen Voraussetzungen wird die Hoffnung auf einen starken Reichspräsidenten für bürgerliche Liberale beruhigend gewirkt haben. Hatte nicht auch der Kaiser trotz parlamentarischer Mehrheit der Sozialdemokraten im Reichstag regieren können?

Die Ratifizierung des Versailler Vertrages im Sommer 1919 stürzte die Regierungskoalition aus SPD, Zentrum und DDP in eine Regierungskrise. Der von den Siegermächten vorgelegte Entwurf eines Friedensvertrages stieß in Deutschland auf breite Empörung. Am 16. Juni 1919 stellten die Siegermächte Deutschland ein fünftägiges Ultimatum und kündigten militärische Sanktionen für den Fall an, daß das Reichsparlament den Vertrag nicht ratifizieren würde. Nachdem sich die Reichsregierung nicht auf eine einheitliche Linie einigen konnte, trat das Kabinett Scheidemann am 20. Juni zurück. In dem daraufhin unter dem Sozialdemokraten Gustav Bauer gebildeten Kabinett war die DDP nicht vertreten. Unter dem Druck des um zwei Tage verlängerten Ultimatus wurde der Versailler Vertrag am 23. Juni ratifiziert. Vier Monate später kehrte die DDP in die Regierung zurück.

Auf dem 2. Parteitag im Februar 1920 verabschiedete die DDP ihr Programm, das formal bis 1930 verbindlich blieb. Es erteilte jeglicher Form von Gewaltherrschaft eine klare Absage, betonte die Treue der DDP zur Verfassung, zu deren Schutz und Durchführung sie sich berufen fühle. Außenpolitisch gab die DDP sich national. Sie strebte die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain an, wollte den "Raub unserer Kolonien" anfechten und "niemals die Abspaltung deutscher Volksteile vom Vaterland" anerkennen. Zugleich strebte sie die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund an. Umstritten blieb der wirtschaftspolitische Teil des Programms. Ein Bekenntnis zum Manchesterliberalismus war zwar von Teilen der Partei gewünscht worden - in das Programm aufgenommen wurde es jedoch nicht. Vielmehr verstand sich die DDP - bei prinzipieller Anerkennung der Privatwirtschaft - als "Partei der Arbeit", die einen "Staat des sozialen Rechts" schaffen und eine "Demokratisierung der Wirtschaft" erreichen wollte. Die Vergesellschaftung von Produktionsmittel

sollte jedoch ausgeschlossen sein, da dies eine "tödliche Bürokratisierung der Wirtschaft und verhängnisvolle Minderung ihres Ertrages" bedeutet hätte. Die "übermäßigen Unterschiede in Besitz und Einkommen" sollten beseitigt, eine Bodenreform mit der "Aufteilung des Großgrundbesitzes" durchgeführt werden. Dies zeigt: Bei der Verabschiedung des Programmes hatte sich der linke Flügel der Partei durchgesetzt, dessen Einfluß in den folgenden Monaten jedoch deutlich zurückgehen sollte. Praktische Bedeutung erlangten die wirtschaftspolitischen Aussagen daher nicht.

Bei der Reichstagswahl vom Juni 1920 verlor die DDP über zehn Prozent Wählerstimmen. Sie rutschte mit 8,4 Prozent der Stimmen und 39 Reichstagsmandaten auf den fünften Platz in der Wählergunst zurück, deutlich hinter die nationalliberale Rivalin DVP.

Lautstark wurde eine eindeutige Profilierung der DDP gefordert. In der Tat war es der Partei nicht gelungen, sich erfolgreich als demokratische, liberalen Traditionen verpflichtete Partei darzustellen. Der Versuch, durch die entschiedene Ablehnung des Versailler Vertrages "nationales" Ansehen zu gewinnen, blieb erfolglos: Der spektakuläre Rückzug aus der Regierung wurde nach wenigen Wochen revidiert.

In der Fraktion bildeten sich in den kommenden Monaten unterschiedliche Flügel heraus, von denen der eine die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der SPD anstrebte, während der andere eine Orientierung nach rechts, zur DVP favorisierte. Ergebnis der Flügelkämpfe: In den folgenden Jahren verstärkte sich der Stimmenrückgang der DDP: Im Mai 1924 sank die DDP auf 5,7 Prozent der Stimmen, 1928 waren es nur noch 4,9, 1930 schließlich 3,8 Prozent. Die DDP blieb jedoch an fast allen Regierungen beteiligt, eine bürgerliche Mehrheit war ohne sie kaum möglich. Gleichwohl: Stets wurde die DDP mit der Regierungspolitik identifiziert. Entweder wurde sie als Anhängsel der SPD oder als bürgerlich-kapitalistische Interessenvertretung gesehen.

Mit dem Verlust der Wählergunst ging der Rückgang der Mitgliederzahlen einher. 1919 hatte die Partei 900.000 Mitglieder, 1922 waren 210.000, 1929 nur noch 113.000 Mitglieder. Die Mitglieder der DDP kamen hauptsächlich aus dem evangelischen Bürgertum: Unternehmer, leitende Angestellte, Beamte, Lehrer und selbständige Gewerbetreibende machten das Gros der Mitglieder aus, Arbeiter und Bauern hingegen waren unterrepräsentiert.

Negativ wirkte sich zudem der Rückgang der Spendenbereitschaft der deutschen Unternehmer aus, die zuvor mehr als zwei Drittel des DDP-Budgets durch Spenden finanziert hatten. Dabei nahm das "Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens" um das Parteimitglied Carl Friedrich von Siemens eine zentrale Rolle ein. Auch der Direktor der Nationalbank, Hjalmar Schacht, war maßgeblich dran beteiligt, Spenden der Industrie zu organisieren.

Der zunehmende Wähler- und Mitgliederrückgang führte Ende der zwanziger Jahre zu Versuchen, mit anderen Organisationen zu fusionieren. Im Juli 1930 vereinigte sich die DDP mit der "Volksnationalen Reichsvereinigung", einer Vereinigung mit nationalistischen und antisemitischen Tendenzen, und nannte sich von nun an Deutsche Staatspartei. Aus Protest gegen diese Verbindung kam es zur Abspaltung der "Radikaldemokratischen Partei" und zu Austritten von DDP-Abgeordneten. So wechselten Anton Erkelenz und Ludwig Bergstässer zur SPD.

Der Verfall konnte nicht aufgehalten werden. Der politische Bankrott offenbarte sich in den Reichstagswahlen von 1932, als die DDP auf klägliche 1,0 Prozent abrutschte und damit vollends bedeutungslos wurde. Bei den Märzahlen 1933 konnte die Partei nur noch durch eine Listenverbindung mit der SPD Mandate gewinnen. Die fünf Abgeordneten der DDP stimmten dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten zu. Am 28. Juni 1933 endete die kurze, von dramatischem Niedergang gekennzeichnete Geschichte der DDP.

Die DVP: Mehr völkisch als Volkspartei

Obwohl die Mehrheit der Linksliberalen nach dem Ersten Weltkrieg die Bildung einer einheitlichen liberalen Partei wünschten, gründeten die Nationalliberalen um Gustav Stresemann eine eigenständige Partei: Am 15. Dezember 1918 wurde in Berlin die Deutsche Volkspartei ins Leben gerufen.

Für die DVP kamen die Wahlen im Januar 1919 zu früh: Sie besaß - im Gegensatz zur DDP - noch keinen funktionierenden Parteiapparat und errang nur 4,4 Prozent der Stimmen. Trotz dieses Defizits entwickelte die DVP rasch politisches Profil als konsequente Vertreterin jenes Bildungsbürgertums, das die Revolution ablehnte und der neuen Entwicklung unverhohlen kritisch gegenüberstand. Das Bekenntnis zur Monarchie rückte die DVP in die Nähe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), von der sie sich im Wesentlichen nur durch gemäßigteres Auftreten und die Ablehnung des Antisemitismus unterschied. In der praktischen Politik lagen DVP und DNVP jedoch stets auf einer Linie. So votierten beide Parteien gegen den Versailler Vertrag und den Weimarer Verfassungsentwurf, waren sich einig in der Hetze gegen die sogenannten "Erfüllungspolitiker". Beide Parteien waren zudem in die Vorbereitungen des Kapp-Putsches im März 1920 verstrickt. Immer wieder gab es daher Versuche, DVP und DNVP zu fusionieren.

Ihre programmatischen Grundsätze beschloß die DVP auf dem 2. Parteitag im Oktober 1919 in Berlin. Sie bekannte sich darin zur nationalen Staatsgesinnung und zur "Vertiefung und Aussöhnung der liberalen und sozialen Gedanken". Voraussetzung dazu sei eine "starke, festgefügte Staatsgewalt". Außenpolitisch strebte sie eine Revision der Verträge von Versailles und St. Germain und die Wiederherstellung der früheren Weltgeltung Deutschlands an. Sinnbild der deutschen Einheit und "die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignete Staatsform" sei das "auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtende Kaisertum". Wirtschaftspolitische Leitlinie: Die DVP lehnte eine Sozialisierung der deutschen Wirtschaft ab, betonte demgegenüber die freie Verantwortlichkeit der Unternehmer.

Die DVP war - trotz ihrer Eigenbezeichnung - alles andere als eine Volkspartei. Sie war eine rein bürgerliche Partei ohne Rückhalt in der Arbeiterschaft oder bei den Bauern. Neben Vertretern der Großindustrie, des Großhandels und der Banken, die mehr als zwei Drittel der Abgeordneten ausmachten, waren Beamte und Kleinindustrielle überrepräsentiert. Die Wählerschaft der DVP rekrutierte sich hauptsächlich aus der städtischen Mittelschicht. Über die Zahl der Mitglieder der DVP können angesichts des desolaten organisatorischen Zustandes der Partei nur Schätzungen angestellt werden. Im Oktober 1919 hatte die Partei vermutlich circa 500.000 Mitglieder, die Zahl sank bis 1930 auf etwa die Hälfte mit weiter fallender Tendenz. Bis zu Beginn der dreißiger Jahre konnte sich die DVP weitgehend aus Spendenmitteln der Industrie finanzieren. Als Kontaktpersonen wirkten die Parteimitglieder Vögler, Stinnes, Röchling, Flick und Karstadt.

Die konterrevolutionäre Stimmung in der Republik verhalf der Partei bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 zu einem spektakulären Erfolg. Nach einem demagogisch geführten Wahlkampf unter der Parole "Von roten Ketten macht Euch frei allein die Deutsche Volkspartei" gelang der DVP eine Verdreifachung ihres Stimmenanteils auf nunmehr 13,9 Prozent. Mit drei Ministern zog die DVP in die Regierung ein. Wilhelm Heintze, stellvertretender Parteivorsitzender, wurde Justizminister und Vizekanzler im Kabinett Konstantin Fehrenbach. Das Londoner Ultimatum der Siegermächte nahm die DVP jedoch zum Anlaß, bereits im Mai 1921 aus der Regierung auszuscheiden.

Im November 1922 beteiligte sich die DVP an der Regierung des parteilosen Wilhelm Cuno, im August 1923 übernahm der Parteivorsitzende Stresemann selbst das Amt des Reichskanzlers. Gegen den Widerstand des rechten Parteiflügels gelang es ihm, den Ruhrkonflikt zu beenden. Nach der Zerschlagung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen war allerdings die SPD nicht bereit, Stresemann weiter zu stützen; nach nur hunderttägiger Amtszeit mußte er die Kanzlerschaft abgeben.

Stresemann blieb jedoch als Außenminister eine der entscheidenden Persönlichkeiten der Weimarer Politik. Bis zu seinem Tode im Jahre 1929 prägte er maßgeblich die Außenpolitik der Republik und führte Deutschland mit dem Eintritt in den Völkerbund, dem Abschluß des Locarno-Paktes und die Annahme des Dawes-Plans aus der internationalen Isolation. Es war vor allem das Ansehen Stresemanns, das der Partei bis 1929 achtbare Wahlerfolge knapp unter zehn Prozent der Wählerstimmen verschaffte.

Nach seinem Tode geriet auch die DVP in den Untergangstrudel des Liberalismus. 1930 erhielt sie nunmehr 4,7 Prozent der Wählerstimmen. Unter dem Vorsitzenden Ernst Scholz betrieb die Partei den Sturz der Großen Koalition unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller im März 1930. In der Folge

wurde die DVP durch innerparteiliche Grabenkämpfe vollends unkalkulierbar: Ein Teil der Partei wollte den Sturz des Präsidialkabinetts Brüning, ein anderer strebte nach einem Anschluß an die DNVP. Das endgültige politische Aus folgte im Jahre 1932: Lediglich 1,1 Prozent der Wähler gaben der DVP ihre Stimme. In Abwesenheit des neuen Parteivorsitzenden Dingeldey stimmte dessen Stellvertreter Otto Hugo für das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten, Dingeldey trat ebenso wie andere ehemalige DVP-Politiker bald in die NSDAP ein. Am 4. Juli 1933 unterzeichnete Dingeldey die Auflösungserklärung einer Partei, die seit langem jeden politischen Einfluß verloren hatte.

+++

Innere Zerrissenheit reduzierte die liberalen Parteien der Weimarer Republik, die 1919 insgesamt 22,5 Prozent der Stimmen erhalten hatten, innerhalb von vierzehn Jahren zur absoluten politischen Bedeutungslosigkeit: Schon vor der endgültigen Auflösung hatte der Liberalismus in Deutschland jeden politischen Einfluß verloren. Er hätte mit seiner demokratischen, antitotalitären Richtung nur dann politische Stabilität der Weimarer Republik mitbewirken können, wenn er einig und geschlossen, mit klarem demokratischem Profil für liberale Positionen eingetreten wäre.

(-/16. März 1993/ks/ks)

(Die Autorin setzt sich in einer Reihe von Artikeln, die in loser Reihenfolge erscheinen, mit der Weimarer Republik und ihrem Ende auseinander. Die Artikel-Serie wird mit einem Beitrag zum Ermächtigungsgesetz abgeschlossen.)

Hessische Kommunalwahl und Bundespolitik Eine notwendige Klarstellung schlampiger Berichterstattung

**Von Universitätsprofessor Dr. jur. Erich Küchenhoff
Mitglied des Parteirates**

Wenn die Bundespolitik das Hauptthema im Wahlkampf für die Hessische Kommunalwahl am 7. März 1993 gewesen ist, wie alle Medien vor der Wahl monatelang ausführlich und substantiiert berichteten, müssen die Wahlergebnisse auch zur letzten Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 in Beziehung gesetzt werden. Dies haben sowohl die wahnächtlichen Sendungen, die zunehmend ihrem Unterhaltungswert Vorrang vor ihrer Grundversorgungspflicht zu analytischer Berichterstattung einräumen, als auch - offensichtlich von diesen Sendungen und ihren entsprechenden Interviewfragen irritiert - auch die Politiker unterlassen. Auf Rückfragen erkennt man eine verbreitete Furcht, von denselben schlampigen Medien des sich Herausredens und des Beschönigens bezichtigt zu werden. Demgegenüber ist klar, daß die Hinnahme wochenlangen permanenten und bei entsprechendem Anlaß auch später immer wieder wiederholten Redens von einem Wahl-Debakel, ja von einer vernichtenden Wahlniederlage nicht ohne meinungsbildende Wirkung bleiben kann, auch nicht für die so viel berufenen Wahlentscheidungen im "Super-Wahljahr 1994".

Deshalb werden hier die fehlenden Daten dokumentiert:

Im Verhältnis zu ihren Stimmanteilen bei der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 erhielten bei der Kommunalwahl vom 7. März 1993:

Abstandsveränderung SPD-CDU

Kreisfreie Städte	SPD-Anteil	CDU-Anteil	Abstands- veränderung SPD-CDU
Darmstadt	- 3,3	- 4	+ 1,7
Ffm	- 2,0	- 7,5	+ 5,5
Kassel	- 13,0	+ 3,6	- 16,6
Offenbach	- 7,4	- 15,0	+ 7,6
Wiesbaden	- 2,9	- 11,0	+ 8,1
Bad Homburg	- 3,1	- 11,1	+ 8,0
Fulda	- 1,1	- 10,5	+ 9,4
Gießen	- 2,2	- 3,3	+ 1,1
Hanau	- 0,4	- 17,8	+ 17,4
Marburg	- 8,0	- 5,5	- 2,5
Rüsselsheim	- 4,0	- 7,1	+ 3,1
Wetzlar	- 5,0	- 12,5	+ 7,5
Landkreise			
Bergstraße	- 1,1	- 9,4	+ 8,3
Darmstadt/Dieburg	+ 4,2	- 8,6	+ 12,8
Fulda	+ 0,4	- 11,6	+ 12,0
Gießen	- 3,5	- 8,5	+ 5,0
Groß Gerau	+/- 0,0	- 10,3	+ 10,3
Hersfeld-Rotenburg	+ 0,1	- 10,5	+ 10,6
Hochtaunus	- 1,6	- 10,8	+ 9,2
Kassel	+ 0,5	- 2,6	+ 3,1
Lahn-Dill	- 5,8	- 16,3	+ 10,5
Limburg-Weilburg	+/- 0,0	- 11,8	+ 11,8
Main-Kinzig	- 0,4	- 11,2	+ 10,8
Main-Taunus	- 1,2	- 11,4	+ 10,2
Marburg-Biedenkopf	- 2,6	- 5,6	+ 3,0
Odenwald	+ 2,4	- 15,3	+ 17,7
Offenbach	- 2,3	- 9,1	+ 6,8
Rheingau-Taunus	+ 1,0	- 12,5	+ 13,5
Schwelm-Eder	- 2,4	- 9,1	+ 6,7
Vogelsberg	- 0,8	- 11,3	+ 10,5
Waldeck-Frankenberg	- 2,5	- 13,5	++ 11,0
Werra-Meißner	+ 3,8	- 7,1	+ 10,9
Wetterau	- 1,9	- 9,4	+ 7,5

(-/16. März 1993/ks/ks)
